

(Abg. Merkel.)

(A) Königl. Staatsregierung und nach den in den einzelnen Stats in den Erläuterungsspalten des Kap. 16 angegebenen Zahlen.

Aber davon abgesehen, wir müssen die im neuen Etat fixierte Summe von rund 740 Millionen Mark hinnehmen und wollen sie auch akzeptieren, aber die 660 320 M. zu viel gerechneten Zins- und Tilgungsbeträge, die in der kommenden Finanzperiode 1 320 640 Mark betragen, die können wir doch nicht ohne weiteres gutheißen. Wir können uns nicht sagen lassen, wenn wir z. B. in diesem Landtage einmal wieder 24 000 M. für Madelarbeitslehrerinnen nachträglich eingestellt haben wollen: das geht nicht, non possumus, wir haben kein Geld. Das ist die Ursache, meine Herren, die mich zwingt, hier im Plenum die Sache zu besprechen. Ich bedaure, daß ich es nicht in einer der Sitzungen der Finanzdeputation A anregen konnte, und deshalb habe ich mir erlaubt, um die Herren heute am Freitag nicht zu lange zu beschäftigen, den Antrag zu stellen, man möge die Kap. 25 und 26 an die Deputation zurückverweisen, in der dann unter Zuziehung von Kommissaren die Postulate nochmals nachgeprüft werden können. Ob ich mit meinem Antrage Gegenliebe finden werde, das weiß ich nicht; jedenfalls war es aber für mich notwendig, die Sache im Plenum zur

(B) Sprache zu bringen.

(Bravo! links.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Staatsminister v. Seydewitz: Meine hochgeehrten Herren! Gestatten Sie nur einige Worte zu den Bemängelungen, die der Herr Abg. Merkel gegenüber den Berechnungen in den vorliegenden Etatkapiteln vorgebracht hat!

Er hat zunächst angezweifelt, daß die Methode richtig sei, nach der der Anteil der Staatsschulden für die Eisenbahn ermittelt wird. Nun, meine Herren, die Sache ist ja nicht so ganz einfach, aber das Verfahren, wie es jetzt geübt wird, besteht schon seit mehr als zehn Jahren; es ist in jeder Periode von neuem wieder von den Ständen genau geprüft worden, und allemal ist man zu dem Ergebnis gekommen: es gibt keinen anderen Weg als den, der beschritten worden ist. Die Berechnung ergibt allerdings keine absolut sichere Ziffer, aber man wird anerkennen müssen, daß das gewonnene Ergebnis als zutreffend anzusehen ist. Auch hat der Herr Abg. Merkel schließlich erklärt, daß er die ermittelte Zahl hinnehmen wolle. Also hat er das Ergebnis nicht grundsätzlich angefochten. Er hat aber

weiter hinzugefügt, es wäre unrichtig, daß jetzt schon (C) der Eisenbahn eine Verzinsung und Tilgung für Ausgaben angezogen würde, die erst in der nächsten Statperiode, also in den Jahren 1912 oder 1913, gemacht werden würden. Das ist in der Tat nicht zutreffend. Wenn Sie einmal die Güte haben wollen, in Kap. 16 die Bemerkung zu lesen, die sich bei Tit. 18 findet, so heißt es dort ausdrücklich:

„Unter Abrechnung des auf diesen Anteil entfallenden Teiles der Schuldentilgung im Jahre 1911 von 2 067 000 M. und unter Hinzurechnung des voraussichtlich im Laufe desselben Jahres für die Eisenbahnverwaltung zu Lasten des außerordentlichen Stats weiter zur Ausgabe gelangenden Betrages von rund 20 Millionen Mark . . .“

wird sich der Anteil der Staatseisenbahnen an den Staatsschulden Ende des Jahres 1911 auf so und so viel belaufen. Also, meine Herren, es ist nur der Schuldenanteil, der der Staatseisenbahn vermutlich im laufenden Jahre auf Grund von bereits bewilligten Ausgaben zur Last fallen wird, geschätzt worden. Es ist aber keineswegs davon die Rede, daß man etwa die künftigen Ausgaben, die noch nicht bewilligt worden sind, jetzt schon der Eisenbahn zur Last schreibt.

Sind sonach die Ausführungen des Herrn Abg. (D) Merkel nicht zutreffend, so möchte ich Sie ersuchen, auf Grund der eingehenden Erwägungen, die in der Finanzdeputation A über diese ganze Frage stattgefunden haben, von der Rückverweisung der Kapitel an die Deputation abzusehen und einfach die Kapitel so, wie sie Ihnen hier vorliegen, zu bewilligen. Die Statteinstellungen beruhen auf eingehenden Erwägungen, und Sie können dem Antrage der Finanzdeputation A so, wie er gestellt ist, unbedenklich zustimmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Sekretär **Anders:** Meine Herren! Ich möchte nur darauf hinweisen, daß in der Finanzdeputation A auch auf diese Ermittlungen und diese Berechnungen verwiesen worden ist. Ich weiß nicht, ob Herr Kollege Merkel alle die Berechnungen, die auf den Seiten 82 bis 92 in dem Verwaltungsberichte, wo die Erläuterungen, wie man zu der Summe von 764 Millionen oder ursprünglich 741 Millionen kommt, enthalten sind, genau nachgeprüft hat. Wer das getan hat, wird jedenfalls finden, daß eine bessere Berechnung, als sie hier aufgemacht worden ist und auch in allen den Berichten über Kap. 16, der früheren